

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**

Gronau/Münster/Bonn, 28. Juli 2016

Urananreicherung in Gronau: Umweltministerin Hendricks erwägt Stilllegung !

Atomkraftgegner fordern von Land und Bund detaillierten Stilllegungsfahrplan

Münsterländer Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßen, dass Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) erstmals eine Stilllegung der Urananreicherungsanlage erwägt. Laut Rheinischer Post von heute hat sie dies NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) schriftlich mitgeteilt.

Die Anti-Atom-Initiativen und der BBU fordern nun von der NRW-Landesregierung sofort mit den Vorbereitungen für die Stilllegung zu beginnen und einen entsprechenden Fahrplan dem Bundesumweltministerium zu übermitteln. Zugleich fordern sie, dass die Landesregierung in dieser neuen Situation die noch für 2016 geplante Inbetriebnahme der zeitlich unbefristeten Uranmülllagerhalle verhindert, um keine neuen Fakten am Atomstandort Gronau zu schaffen, die eine Stilllegung erschweren könnten. Zugleich erwarten die Initiativen, dass Bundesumweltministerin Hendricks wie angekündigt das Bundeskabinett hinter sich bringt in Sachen Stilllegung.

"Sollte Frau Hendricks ihre Ankündigung ernst meinen, könnte dies ein Wendepunkt für die Urananreicherung in Gronau sein. Die Landesumweltminister haben letzten Monat schon einstimmig die Stilllegung gefordert, nun muss die NRW-Landesregierung konzentriert auf allen Ebenen mit der Bundesregierung die Stilllegung einleiten und durchführen," so Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und Vorstandsmitglied im BBU in einer ersten Stellungnahme.

"Die Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefertigung in Lingen ist mehr als überfällig. Wer in Deutschland aus der Atomenergie aussteigen will, darf nicht den Weiterbetrieb von AKW in anderen Ländern durch eigene Atomanlagen ermöglichen und täglich neuen Atommüll produzieren, für den es dann keine sichere Endlagerung gibt," so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Hintergrund:

Die Urananreicherungsanlage Gronau wurde 2011 noch vom Atomausstieg ausgenommen, obwohl sie jedes 10. AKW weltweit mit angereichertem Uran zur Brennelementefertigung beliefern kann. Bis 2011 gehörte der Fukushima-Betreiber Tepco zu den Kunden, heute wird u. a. der belgische Eigentümer der heftig umstrittenen Schrottreaktoren Tihange und Doel beliefert. Zudem fallen alleine am Standort Gronau jedes Jahr rund 6000–7000 Tonnen abgereicherter Uranmüll an, für den es keine sichere Entsorgungsmöglichkeit gibt. Die Betreiberfirma Urenco möchte deshalb noch in 2016 eine neue Uranmüll-Lagerhalle für 60 000 t Uranoxid eröffnen – die Lagerung soll zeitlich unbefristet erfolgen, sodass Atomkraftgegner die Entstehung eines oberirdischen Endlagers befürchten.

Kontakt:

Udo Buchholz, BBU/AKU Gronau, Tel. 02562-23125

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Weitere Informationen:

www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de